



Geheime Akten

Feuertod von Oury Jalloh: Linke im
4 Magdeburger Landtag fordert
Untersuchungsausschuss

Geschröpfte Bevölkerung

Indiens Regierung legt Haushalt
6 2018/19 vor: Unternehmen
werden bevorzugt

Gemeines Nachtreten

Ein früherer Philips-Chef beschimpft
9 seine Nachfolger. Er selbst setzt
Massenentlassungen durch

Gespe

Anmerku
12 ü

Gegen das Kriegskartell

München: Tausende demonstrierten für Ende von NATO-Aggressionen und Hochrüstung. Derweil herrschte auf »Sicherheitskonferenz« Hochspannung. **Von Reinhard Jellen, Jana Frielinghaus**

Krieg kennt keine Sieger«, war am Sonntagabend auf Transparenten von Friedensaktivisten in München zu lesen. Nach Angaben des »Aktionsbündnisses gegen die die NATO-Sicherheitskonferenz« waren insgesamt rund 4.000 Menschen in die bayerische Landeshauptstadt gekommen, um für eine Auflösung des sogenannten Verteidigungsbündnisses NATO und für ein Ende deutscher Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr zu demonstrieren. An der Manifestation der Kriegsgegner nahmen auch zahlreiche Kurden teil, um gegen den Einmarsch türkischer Truppen in die kurdische Region Afrin in Nordsyrien und gegen deutsche Waffenlieferungen an das Regime von Präsident Recep Tayyip Erdogan zu protestieren. Die Polizei nahm Demonstranten wegen des Zeigens von Symbolen der kurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG in Gewahrsam. Das Anti-»Siko«-Bündnis protestierte dagegen unter Verweis darauf, dass das Bayerische Oberverwaltungsgericht in zweiter Instanz eine Verbotserfügung in bezug auf YPG-Zeichen aufgehoben hatte.

Die Redner auf der Demo befassten sich insbesondere mit dem türkischen Überfall auf Afrin und mit der neuen EU-Militärkooperation Pesco (Permanent Structured Cooperation, Ständige Strukturierte Zusammenarbeit). Walter Listl vom Bündnis betonte, beim Krieg in Afrin handle es sich um einen Bruch des Völkerrechts, bei dem deutsche Waffen zum Einsatz kämen. Mit dem Koalitionspapier von CDU, CSU und SPD werde die Aufrüstung fortgeschrieben, so Listl. Die Forderung nach Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden komme darin nicht vor.

Parallel zur Tagung von NATO-Poli-



Protest gegen die Kriegstreiber auf der Münchner »Sicherheitskonferenz«, kurz MSC, am Sonntagabend in der bayerischen Landeshauptstadt. Rund 4.000 Menschen beteiligten sich an der Friedensdemo

tikern und Rüstungslobbyisten fand am Freitag und Sonntagabend in München auch eine internationale Friedenskonferenz statt, auf der zahlreiche Konfliktforscher aus aller Welt für eine Entspannungspolitik plädierten. Rund 350 Menschen nahmen an dem Kongress teil.

Derweil herrschte auf der »Siko« höchste Spannung auch zwischen Verbündeten. Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu sagte dort am Sonntag, es sei »skandalös und inakzeptabel«, dass die USA im Kampf gegen die Dschihadistenmiliz IS in Syrien weiter auf ein Bündnis mit der kurdi-

schen »Terrororganisation« YPG setze. Premier Binali Yildirim verteidigte in München auch den Einsatz deutscher »Leopard«-Panzer zur »Verteidigung« seines Landes in Syrien – und forderte Nachschub sowie Unterstützung beim Bau des türkischen Panzers »Altay« durch deutsche Konzerne. Die Bundeswehr hatte der Türkei zwischen 2006 und 2011 insgesamt 354 »Leopard 2« geliefert, ohne Auflagen für den Einsatz zu erteilen. Nach Beginn der Syrien-Offensive im Januar hatten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) darauf verständigt, die geplante Nachrüstung der Panzer mit Minenschutz zu stoppen. Yildirim betonte, damit habe er kein Problem, man könne sich die nötige Technologie auch anderweitig beschaffen.

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu übte sich am Sonntag in München im Säbbrasseln gegenüber dem Iran. Er präsentierte das Trümmerteil einer abgeschossenen Drohne, die aus dem Iran stammen soll, als »Beweis« für eine »iranische Aggression gegenüber seinem Land.

Am Sonntagabend hatte Bundesaußenminister Gabriel in München gewarnt, die Welt stehe am »Abgrund«. Die »Vegetarier« müssten sich vor den »Fleischfressern« in acht nehmen, meinte er etwas nebulös. Bei einem Treffen mit seinem russischen Kollegen Sergej Lawrow am Rande der Konferenz sprach er sich indes für einen schrittweisen Abbau der Sanktionen gegen Russland aus. Zugleich unterstützte er den Vorschlag des russischen Präsidenten Wladimir Putin von vor einem halben Jahr, einen Waffenstillstand in der Ostukraine über einen UN-Blauhelmeinsatz zu sichern.

■ Siehe Kommentar auf Seite 8

■ Münchner »Sicherheitskonferenz« beendet

Man plant Massenmord

Von Arnold Schölzel

Unter den besonders hofierten Teilnehmern der diesjährigen Münchner »Sicherheitskonferenz« waren ungefähr ebenso viele Kriegsverbrecher und Aufrüstungsfreaks wie in den Vorjahren. Die Veranstaltung ist ihre Strategieberatung, man trug sich gegenseitig, von der deutschen »Verteidigungs«ministerin Ursula von der Leyen bis zum Abgesandten der Trump-Administration, dem Nationalen Sicherheitsberater Herbert R. McMaster, die Planungen für Massenmord vor. Besonnene Worte aus Russland oder China, die in München auch zu hören waren, schaffen es kaum in die hiesigen Qualitätsmedien, die Vertreter Afrikas, die ebenfalls auftraten, wurden nicht erwähnt. Sigmar Gabriel machte PR für sich. Benjamin Netanjahu erschien mit einem Drohnentrümmerteil. 2012 hatte er schon einen Karton mit aufgemalter Atombombe in die UN-Generalversammlung geschleppt, um zu »beweisen«, dass der Iran ab 2013 über eine echte verfügen werde. Die deutsche Bundeskanzlerin erschien zu so etwas erst gar nicht.

Nichts Neues? Doch, aber nicht im Saal, sondern in der Realität. Beispiel Syrien: In der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* fragte Wibke Becker, »Kann jeder in Syrien bomben?« Ihre Antwort: »Nach den letzten Wochen muss man sagen: ja«. Und: »Aus dem Bürgerkrieg in Syrien ist ein großer Krieg geworden«. Das ist richtig. Allerdings muss hinzugesetzt werden: Dieser Krieg wurde von Anfang an zwecks Regime-Change vom Westen und den mit ihm verbündeten Öldiktaturen am Golf angeheizt. Die Souveränität

Syriens störte sie dabei nie. Als Russland auf Einladung der syrischen Regierung 2015 eingriff, fügte es den Fußtruppen des Westens, den Kopfabsteigerbrigaden am Boden, entscheidende Schläge zu. Ein russischer Erfolg aber lässt keinen in Washington, Berlin, London oder Paris kalt, und nun droht die direkte Konfrontation zwischen Groß- und Regionalmächten. Deutsche Militärflugzeuge sind – selbstverständlich völkerrechtswidrig – dabei.

Beispiel Atomwaffen: Da steht McMaster, der vor einem Jahr noch erklärte, es existiere keine internationale Gemeinschaft, nur eine Arena des Wettbewerbs von Rivalen, in München am Rednerpult und beklagt, es gebe »nicht viel Respekt für Souveränität auf der Welt«. Beleg sind für ihn Desinformationskampagnen im Internet, genauer gesagt russische, obwohl die Welt spätestens seit Edward Snowden weiß, was US-Internetkonzerne und die Geheimdienste der USA auf diesem Gebiet seit jeher anstellen. McMaster ist angeblich überzeugt davon, das wurde er in München auch los, dass die neuen kleineren Atomwaffen, deren Bau sein Präsident angekündigt hat, die Gefahr eines Atomkriegs nicht erhöhen, sondern senken werden. Schlussfolgerung: Mehr davon.

Die »Sicherheitskonferenz« lieferte bislang vor allem den Leitmedien die Sprachregelungen für den jeweils nächsten Krieg des Westens. Das konnte in diesem Jahr nicht geleistet werden, seine Feldzüge und seine atomare Aufrüstung haben das Schaulaufen für Massenmord überholt.